

Kreisrundbrief März/April 2011



**ATOMAUSSTIEG
IN DIE HAND NEHMEN!**

MENSCHENKETTE ▶ 12. MÄRZ

VON STUTTGART NACH NECKARWESTHEIM

Busse auch ab München - weitere Infos auf Seite 7

Kreisverband München-Land

info@gruene-ml.de
www.gruene-ml.de



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



INHALTSVERZEICHNIS

Einladung zur Kreisversammlung am 2. März 2011	Seite 4
Einladung zur Kreisversammlung am 6. April	Seite 4
Nie wieder Tschernobyl – Die nächsten Termine im Landkreis	Seite 5
Apell an die Jugend! Aber nicht nur an sie	Seite 5
Menschenkette am 12. März 2011	Seite 7
Neujahrsempfang im Giesinger Bahnhof	Seite 8
Ländlicher Raum – Mit gutem Beispiel voran	Seite 9
Bidlungsreise ins Europäische Parlament	Seite 11
Wikileaks – Zwischen Transparenz und Datenschutz	Seite 13
Serie Web 2.0 – Geschützte E-Mail Kommunikation wäre so einfach	Seite 17
Bericht aus dem Kreistag	
Vorlage für kommunale Energiesparförderprogramme	Seite 20
Bericht aus dem Landtag	
Hare-Niemeyer wird endlich eingeführt	Seite 21
Veranstaltungen im Landtag	Seite 21
Bericht aus dem Bundestag	
Persönliche Erklärung Toni Hofreiter und Andere	Seite 23
Protokoll der Kreisversammlung vom 02.02.2011	Seite 28
Terminübersicht	Seite 32
Kontaktadressen	Seite 35

Liebe Freundinnen und Freunde,

es wird Frühling. Zwar haben wir gewiss noch nicht den letzten Schneefall dieses Winters gesehen, nicht den letzten frostigen Tag erlebt, aber in den Gärten sprießen schon die ersten Vorfrühlingsblumen, die ersten Sonnentage haben uns schon wieder radelnd aufs Land gelockt – und die erste große Anti-Atom-Demo des Jahres erscheint im Terminkalender, die Menschenkette von Neckarwestheim nach Stuttgart am 12. März. Der Kampf gegen die rückwärtsgewandte Atompolitik von Schwarzgelb kehrt wieder zurück auf die Straßen und Plätze.

25 Jahre ist es jetzt her, dass die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl uns die Unverantwortbarkeit der Atomtechnologie vor Augen geführt hat. Leider ist die Lehre, die die Menschheit damals hätte ein für allemal ziehen können, bei vielen schon wieder in Vergessenheit geraten. Die Vortragsveranstaltung „Nie wieder Tschernobyl!“ von Antje und Markus, die sie im Laufe des Frühjahrs durch viele Orte im Landkreis und darüber hinaus führen wird, ist auch gegen dieses Vergessen gerichtet.

Mit dem herannahenden Frühling macht auch das Verteilen von Infomaterial in die Briefkästen wieder mehr Spaß und so texten eine Reihe von Ortsverbänden schon fleißig für „Grüne Zeiten“, unsere neue OV-Zeitung.

Diese Frühlingsausgabe unseres Rundbriefs enthält neben den üblichen Protokollen, Terminhinweisen und den aktuellen Infos aus Bundes-, Land- und Kreistag Berichte über unseren Neujahrsempfang, eine Reise zur EU nach Brüssel, eine Fachtagung über die Probleme des Ländlichen Raums und eine Landtagsveranstaltung „Wikileaks – Zwischen Transparenz und Datenschutz“. In der Serie „Web 2.0“ geht es diesmal um die Möglichkeit, E-Mail durch Verschlüsselung vor unerwünschten MitleserInnen zu schützen.

Wir hoffen, Ihr findet auch in dieser Ausgabe wieder das, was Ihr gerne in einem Kreisrundbrief lesen wollt und freuen uns auf Feedback. Wir wünschen, meteorologisch und politisch, einen guten Start in den Frühling!

Luitgart Dittmann-Chylla, Markus Büchler, Volker Leib, Peter Triebswetter, Robert Gerb, Wolfgang Schmidhuber, Anna Schmidhuber, Maria Kammüller, Kirsten Siebert und Antje Wagner

EINLADUNG ZUR KREISVERSAMMLUNG, 2. MÄRZ 2011

Tagesordnung:

TOP 1: Bericht aus dem Landtag: Susanna Tausendfreund, MdL zieht eine "Halbzeitbilanz"

TOP 2: Bericht von der Fachtagung „Ländlicher Raum - mit gutem Beispiel voran!“, Maria Kammüller

TOP 3: Bericht aus den Ortsverbänden, Gemeinderäten, dem Kreistag, dem Landtag und dem Parteirat

TOP 4: Sonstiges

Beginn 20 Uhr

Ort: **Landesgeschäftsstelle** (LGS), Sendlinger Tor 47

Die LGS ist erreichbar mit der U3/U6 oder U1/U2 und der Tram 16, 17,18 oder 27

EINLADUNG ZUR KREISVERSAMMLUNG, 6. APRIL 2011

Tagesordnung:

TOP 1: "Kürzung der Solarförderung", Referat von Siegfried Schimpf, Projektleiter Gehrlicher Solar AG

TOP 2: Bericht aus den Ortsverbänden, Gemeinderäten, dem Kreistag, dem Landtag und dem Parteirat

TOP 3: Sonstiges

Beginn 20 Uhr

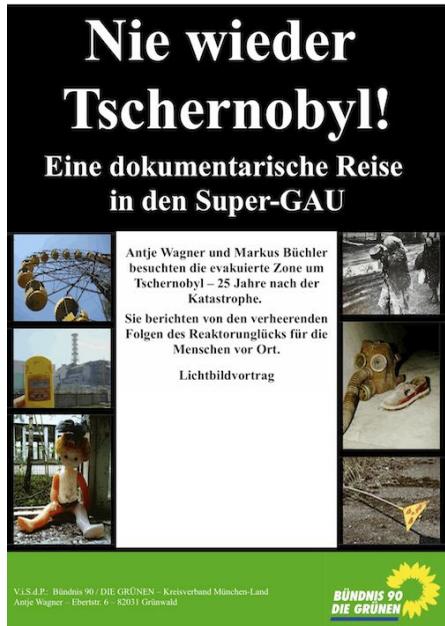
Ort: **Landesgeschäftsstelle** (LGS), Sendlinger Tor 47

Die LGS ist erreichbar mit der U3/U6 oder U1/U2 und der Tram 16, 17,18 oder 27

DIE NÄCHSTEN TERMINE IM LANDKREIS

- 14.03.2011; Baierbrunn
15.03.2011; Haar
16.03.2011; 20 Uhr Bürgerhaus
Gräfelfing, kleiner Saal
21.03.2011; 19 Uhr Nebenraum der
Bürgerstuben Garching
28.03.2011; Straßlach
31.03.2011; 20 Uhr Untergeschoss
Rathaus Unterhaching
14.04.2011; 19.30 Uhr
Gruppenraum 1,
Bürgerhaus Pullach
09.05.2011; 19.30 Uhr im
Lebensraum Kunst, Hohenbrunn
11.05.2011; Taufkirchen
12.05.2011; 20 Uhr Konferenzraum 1 Bürgerhaus Oberschleißheim
19.05.2011; 19 Uhr im Bürgerhaus Grünwald

Genaue Informationen auf der Terminseite www.gruene-ml.de



**Nie wieder
Tschernobyl!**
Eine dokumentarische Reise
in den Super-GAU

Antje Wagner und Markus Büchler
besuchen die evakuierte Zone um
Tschernobyl – 25 Jahre nach der
Katastrophe.
Sie berichten von den verheerenden
Folgen des Reaktorunglücks für die
Menschen vor Ort.
Lichtbildvortrag

V.i.S.d.P.: Bündnis 90 / DIE GRÜNEN – Kreisverband München-Land
Antje Wagner – Ebertstr. 6 – 82031 Grünwald

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

APELL AN DIE JUGEND! - ABER NICHT NUR AN SIE

Oder: Wie ich meine Parteimitgliedschaft bisher erlebte...

Schon wieder! Die Jugend – soll`s richten, soll alles retten. Muss die Suppe auslöffeln, die ihnen die „Alten“ derzeit einbrocken. Zum Beispiel die hohen Schulden. Wer wird sie denn bezahlen? Die Generation, die heute für die fragwürdigsten Investitionen immer mehr Geld fordert? Oder die „Rente-ist-sischer“-Bezieher? Bestimmt nicht!

Was ist also zu tun? Wie kann man die anstehenden Probleme auf einfache Weise lösen?

„Ich kann eh nix ändern.“ Denkt sich der Durchschnittsbürger... Doch! Mit Engagement! Und zwar mit politischem! Die Bürger wollen und sollen von der Politik wieder mehr eingebunden werden. - Ja, was heißt denn das

konkret?

„Wie kann ich kleiner Depp mich einbringen?“ Habe ich mir gedacht im Wahlherbst 2009.

„Ich will endlich Farbe bekennen!“ Machte ich mir Mut und bin der Partei beigetreten, die ich schon lange wählte, von der ich mich langfristig am besten vertreten fühle, die ohne Allüren und Platzhirsche auskommt....Ich bin Mitglied der „Grünen“ geworden. Zahlend – der Beitrag ist sehr gering – und zahlenmäßig – ich habe die Mitgliederzahl enorm gesteigert! Das wusste ich vorher auch nicht. Und ohne großen Zeitaufwand bisher. Aber ich habe als Mitglied ein Zeichen gesetzt! Ich wollte nicht nur wählen, alle heiligen Zeiten einmal. Sondern als Mitglied die Partei stärken.

Die Grünen wählen ist gut. Mitglied sein - das setzt Akzente. (Bei den eh schon mitgliedsstarken Parteien vielleicht weniger...)

„Und was muss ich dann tun?“ - Nix weiter, wenn man nicht will. Oder zu den Sitzungen gehen und was erfahren. Über die geplanten Aktionen (Schulneubau) vor Ort und ihre wahren Hintergründe. Nicht nur was in den Zeitungen von Journalisten eventuell falsch verstanden wiedergegeben wird. Man erfährt vieles früher, detaillierter und mit Hintergrundwissen.

„Und was habe ich davon?“ Nix, wenn es mir reicht, eine Partei zu stärken. Oder ich kann die Einladung für Neumitglieder in den bayerischen Landtag wahrnehmen und mir das imposante Gebäude von innen ansehen, sofort Kontakte zu Leuten aufnehmen, die in Arbeitskreisen mitarbeiten. Mich in Themengebiete einbringen, die mich interessieren. Wissenschaft, Schulpolitik, Arbeit. Oder zu den Landkreissitzungen in München gehen und erfahren, was andere Gemeinden unternehmen und zu Aktionen mitfahren. Zu Jahresabschlussitzungen oder Neujahrsempfängen gehen.

„Das ist mir zu viel Aufwand.“ Mir auch als Teilzeit beschäftigte Mutter von zwei schulpflichtigen Kindern. Beruf, einkaufen, täglich kochen, Hausaufgaben betreuen, aufräumen

Macht nix! Aber ich bin dabei und lerne die politischen Entscheider kennen – mit ihren Stärken und Schwächen (um sie gegebenenfalls auszuhebeln...).

Und bei der nächsten Wahl kann ich, wenn ich will, mich auf die Liste setzen lassen. Und vielleicht sogar noch was werden in dieser Gemeinde. Und dann kann ich mitentscheiden. Bei den Grünen ganz leicht! Wenn ich will. Mit der Frauenquote, die hier selbstverständlich ist. Wir haben hier nämlich auch ein Problem mit der Frauenquote. Jawoll! Sie ist in Unterhaching zu hoch! Also senkt die Frauenquote liebe männliche Unterhachinger ab 14 Jahren! Und liebe Mädchen und Frauen? Lasst euch nix gefallen und werdet auch Mitglied! Auf Euer Engagement im Jahr 2011!

Ingrid Schütz, Unterhaching

MENSCHENKETTE AM 12. MÄRZ

Der Kampf gegen die schwarz-gelbe Atompolitik geht auch 2011 weiter!

Am 12. März werden sich wieder zigtausend Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet zusammenfinden, um eine große Menschenkette gegen die Atompolitik der Regierung zu bilden.



Die Kette soll vom Risikoreaktor Neckarwestheim bis nach Stuttgart reichen und ein kraftvolles Zeichen gegen Atomenergie und Atomlobbypolitik setzen.

Von München wird es mindestens einen Bus geben. Karten wird es über das Münchner Stadtbüro und die Initiative Projekt 21 Plus – www.projekt21plus.de geben.

Vorgesehen ist, dass der Bus um 8 Uhr am Münchner Hauptbahnhof abfährt und gegen 21 Uhr zurück ist. Die Karten kosten 20, bzw. 15 Euro. Alle wichtigen Informationen mit Streckenverlauf, Treffpunkten etc. findet Ihr unter: <http://www.gruene.de/themen/menschenkette-2011.html>

Materialien zum selber drucken, zum veröffentlichen im Netz, Muster-Pressemittelungen und und und findet Ihr in der Wurzelwerk-Gruppe "Anti-Atom-Aktions-Gruppe": <https://wurzelwerk.gruene.de/group/1370264/startseite>

Der Erfolg der Menschenkette wird den Grünen in Baden-Württemberg noch einmal Rückenwind für ihren Wahlkampf geben!

NEUJAHRSEMPFANG IM GIESINGER BAHNHOF

Traditionell veranstalten die Grünen München Land einen Neujahrsempfang. Kreisvorstandssprecherin Luitgart Dittmann-Chylla konnte Anfang Januar zahlreiche Gäste im Giesinger Bahnhof begrüßen.

2010 war ein turbulentes Jahr, nicht nur die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken, die Gesundheitspolitik, die sich in Richtung Zwei-Klassen-Medizin entwickelt und die Proteste zum Großprojekt Stuttgart 21, sondern auch vor Ort der Trubel um die Olympiabewerbung Münchens hielten auch die Landkreisgrünen auf Trab.

Christoph Nadler berichtete von den aktuellen Themen aus dem Kreistag, Susanna Tausendfreund, MdL aus dem Landtag, der Landesvorsitzende Dieter Janecek aus Sicht der Landesebene und Volker Leib berichtete aus dem Büro Hofreiter.

Erfreulicherweise konnten an dem Abend gleich acht von den zahlreichen im letzten Jahr dazugekommenen Neumitgliedern begrüßt werden.



Christoph Nadler, Luitgart Dittmann-Chylla, Susanna Tausendfreund, Dieter Janecek

Fachtagung

Wir alle werden immer öfter auf allen Ebenen mit dem Thema „Demografischer Wandel“ konfrontiert. Die Geburtenraten sinken und die Lebenserwartung steigt. Gleichzeitig nehmen die Bevölkerungszahlen im ländlichen Raum weiter ab, während größere Städte weiter wachsen.

Wie gelingt es uns unter diesen Voraussetzungen im ländlichen Raum weiter gleichwertige Lebensverhältnisse zu erhalten, bzw. zu schaffen?

Auf Einladung von Toni Hofreiter, Elisabeth Scharfenberg, Uwe Kekritz und GRIBS fand Ende Januar die Fachtagung „Ländlicher - Raum-mit gutem Beispiel voran“ statt.

Drei Projekte, die uns diesem Ziel näher bringen, wurden an diesem Tag vorgestellt und in Workshops diskutiert. Dies waren der Dorfladen Gelting, der Bürgerbus Langenzenn und „Wohnen im Alter“ am Beispiel der Gemeinde Furth bei Landshut.

Beim Dorfladen in Gelting bei Wolfratshausen handelt es sich um einen neu eröffneten Laden in Genossenschaftsform. Der Ort hat 1800 EinwohnerInnen, es gibt zwei Banken und zwei Wirtshäuser und jetzt auch wieder einen Dorfladen. Im Umkreis von 2km gibt es diverse Discounter etc..

Ein wesentlicher Bestandteil des Erfolgsrezepts ist die Gesellschaftsform einer Genossenschaft: 238 Geltinger haben Anteile (1 Anteil kostet 180.- Euro) gezeichnet. Diese Menschen bilden schon mal einen festen Kundenstamm.

12 Frauen arbeiten dort in Mini- bzw. Midiarbeitsverhältnissen. Die Geschäftsführerin führt diesen Laden mit Leib und Seele und lässt sich viel einfallen um die Akzeptanz zu erhöhen, aber auch um das Dorfleben zu bereichern. Dazu bietet sie zum Beispiel „Kaffeerösten“, „selber Käsemachen“, „gemeinsames Brotbacken“ an. Im Laden gibt es eine Café-Ecke, einen Medizinabholservice und die Möglichkeit Briefmarken einzukaufen. Der Dorfladen setzt auf Qualität, bietet beispielsweise Kaffee

einer kleinen oberbayerischen Rösterei und regionale hausgemachte Marmelade an. Das hat zur Folge, dass KundInnen aus einem Umkreis bis zu 20 km dort einkaufen. Die Genossenschaftsform gibt den Betreiberinnen die Möglichkeit erstmal fünf Jahre ohne Gewinnausschüttung zu wirtschaften, trotzdem wirft der Laden schon Gewinn ab. Da Gelting im weiteren Speckgürtel von München liegt, trifft dieses Konzept wohl auf besondere Nachfrage und ist aber nicht 1 zu 1 auf Hof oder Wunsiedel anwendbar. Die Geschäftsführerin ist aber der festen Meinung, dass man das Modell nur an die jeweiligen Gegebenheiten anpassen muss.

Das zweite vorgestellte Modellprojekt ist der „Bürgerbus Langenzenn“. Auf maßgebliches Betreiben der Grünen KreisrätInnen wurde eine Buslinie, die in der Form eines fünfblättrigen Kleeblattes die Dörfer rund um Langenzenn anfährt und seine Mitte am Bahnhof hat, geschaffen. Leider gibt es bei der Einrichtung von Buslinien relativ große gesetzliche Hürden zu nehmen, was nur in Zusammenarbeit mit Regierung und Landkreis zu meistern ist. Das finanzielle Risiko trägt hier die Stadt, genauso wie die Anschaffungs- und Betriebskosten des Busses, einem behindertengerecht umgerüsteten Transporter, in dem bis zu acht Personen Platz finden. Das Besondere ist, dass die BusfahrerInnen ehrenamtlich tätig sind. Der Bus fährt im Zweistundentakt. Zu sehen ist der Bus auf einer eigenen Internetseite, auf der auch der Fahrplan eingestellt ist.

Der Ort hat 10.000 EinwohnerInnen und zwei Neubaugebiete, in der Innenstadt herrscht große Parkplatznot. Da das Mobilitätsverhalten im Allgemeinen sehr unflexibel ist, muss über mindestens drei Jahre beobachtet werden, ob der Bus angenommen wird. Am Preis von einem Euro pro Fahrt dürfte es nicht liegen. Der Bus ist fertig umgebaut, im Frühling wird er auf Jungfernfahrt gehen. Viel Glück!

Der dritte Teil der Fachtagung befasste sich mit dem Leben und Wohnen und Alter. Leider wurde dieser Teil nur im Workshop vorgestellt, den ich nicht besucht habe. Dieter Gewies, Grüner Bürgermeister der Gemeinde Furth bei Landshut, ist mit seiner Gemeinde führend bei der Versorgung mit regenerativen Energien. Außerdem arbeitet er intensiv daran seinen Gemeindemitgliedern auch im Alter ein an die individuellen Anforderungen angepasstes und gutes Leben zu ermöglichen. Ganz besonders auch für

ältere Menschen wurde daher in der Ortsmitte das ökologische Dorfzentrum mit vielen Läden und kleinen und mittleren Wohnungen errichtet, ein Teil davon barrierefrei. Als weitere Alternative wird ein Betreutes Wohnen, zum Teil im sozialen Wohnungsbau, angeboten. Aber auch wer pflegebedürftig ist, braucht Furth nicht zu verlassen. Es gibt einen ambulanten Pflegedienst und ein Alten- und Pflegeheim mit 50 Betreuungsplätzen.

Das bereits bestehende Angebot des Seniorenclubs soll weiter ausgeweitet und ergänzt werden. Im Workshop wurde diskutiert, wie wir es erreichen können im Alter möglichst selbstbestimmt und selbständig leben zu können.

Maria Kammüller

BILDUNGSREISE ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT NACH BRÜSSEL

Auf Einladung unseres Europa-Abgeordneten Gerald Häfner konnte man an einer Informationsreise nach Brüssel teilnehmen. Nach der langen Zugfahrt mit zweimaligem Umstieg konnte endlich das Hotelzimmer bezogen werden.

Dann ging es aber auch schon gleich los mit dem Programm:



Als erstes besuchten wir „Schloss Neuwahnstein“, die Vertretung des Freistaates Bayern in Brüssel. So wird das ehemalige Pasteurinstitut in Brüssel genannt. Es ist eine Mischung zwischen Protz, Selbstüberschätzung und einem heimeligem Fleckchen Heimat.

Das herrschaftliche Anwesen mit einem kleinen Park ist bestens gelegen zwischen Parlament und Ministerrat. 2004 wurde es eröffnet. Sinn des Sitzes ist, die frühzeitige Unterrichtung der Staatsregierung über alle wichtigen Vorgänge bei der Europäischen Union, Beratung und Unterstützung bei der Kontaktaufnahme mit EU-Stellen, Zusammenarbeit

mit anderen europäischen Regionalvertretungen und natürlich die Präsentation des Freistaates in Brüssel durch Veranstaltungen.

Am nächsten Tag stand der Europäische Rat auf dem Programm. Nach dem Sicherheits-Check-In erfuhren wir in einem Tagungsraum mehr über die Aufgaben des Rates. Der Europäische Rat ist durch den Vertrag von Lissabon zum offiziellen Organ der Europäischen Union geworden. Er setzt sich zusammen aus den Staats- und Regierungschefs der einzelnen Mitgliedstaaten, dem Präsidenten des Europäischen Rates und dem Präsidenten der Europäischen Kommission. Dieses Gremium kümmert sich um die großen Fragen, die für die Zukunft der Union wichtig sind. Hier werden die allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten für das Fortkommen der EU formuliert.

Nach einem Mittagessen in der Kantine des Europäischen Parlaments ging es weiter zur Europäischen Kommission. Sie ist das Exekutivorgan der EU, sie schlägt Rechtsvorschriften vor und setzt diese durch. Sie besteht aus einem Mitglied pro Mitgliedstaat.



In jedem der Mitgliedstaaten befinden sich Vertretungen, in Deutschland sind das drei Büros: München, Berlin und Bonn und zahlreiche Informationsstellen.

Am Abend bot sich die Möglichkeit eine Parlamentssitzung live zu verfolgen. Etwas verblüfft hat uns vor allem, dass die Redezeit pro Beitrag auf eine Minute beschränkt ist und innerhalb der Fraktion durch Verschiebung der Redezeiten von einzelnen Abgeordneten verlängert werden kann. Geredet wird immer vom Sitzplatz aus. Der Parlamentarier steht auf und hält im Schnelldurchlauf seine Rede. Oberhalb des Plenarsaals sind 26 Kabinen für die Simultanübersetzerinnen und

Simultanübersetzer angebracht. Wer eine Sitzung mit den Übersetzungen anhören möchte, kann das live an Sitzungstagen oder aus dem Archiv heraus auf der Internetseite: www.europarl.europa.eu

Am letzten Tag gab es vor der Abreise noch eine „alternative“ Stadtführung. Wir haben die Brüsseler Stadtviertel kennengelernt, ein wenig über die bewegte Stadtgeschichte erfahren.

Die nächste Bildungsreise geht nach Straßburg. Das Europäische Parlament ist auf drei Standorte aufgeteilt: Luxemburg als Sitz der Verwaltung, Brüssel als Sitz für die Ausschuss- und Fraktionssitzungen und Straßburg für die viertägigen Plenarsitzungen.

Wer Interesse an der Fahrt hat, die vom 4.-7. April geplant ist, kann sich schon jetzt bei Matthias Gauger matthias.gauger@gruene-europa.de, Telefon 089-21159720 anmelden.

WIKILEAKS – ZWISCHEN TRANSPARENZ UND DATENSCHUTZ

Unter diesem Titel stand eine Podiumsdiskussion der Grünen im Bayerischen Landtag am 9. Februar. Während sich das Thema WikiLeaks durch die Vorberichte zu Daniel Domscheit-Bergs Buch „Inside WikiLeaks“ und die postwendende Reaktion von Julian Assange in der öffentlichen Wahrnehmung momentan eher in Richtung einer Seifenoper um Ego manie, enttäuschte Freundschaft und gebrochenes Vertrauen entwickelt, konnte man hier ein kompetentes Podium ernsthaft über die Auswirkungen von Leaking-Plattformen auf den modernen Staat sprechen hören.



Podiumsteilnehmer waren der bayerische Datenschutzbeauftragte Dr. Thomas Petri, Hans-Martin Tillack, Journalist beim Stern, und der „Internet-

Aktivist“ Dr. Julius Mittenzwei vom Chaos Computer Club. Von seiten der Landtagsfraktion waren Susanna Tausendfreund (Innenpolitik), Ulrike Gote (Medien- und Netzpolitik, Diskussionsleitung) sowie Christine Kamm (Datenschutz) vertreten. Im unerwartet zahlreich erschienenen Publikum weitere Abgeordnete, Fachleute und interessierte Bürgerinnen und Bürger.

In ihrem Eingangsstatement zeigte Susanna Tausendfreund auf, wie wichtig der freie Zugang zu Informationen für eine funktionierende demokratische Kontrolle von Regierungen ist. Im Laufe der Veranstaltung wurden dazu die wichtigsten Informationskanäle und ihre besonderen Eigenschaften benannt:



Open Data und Open Government

bezeichnen ein Vorgehen, in dem Behörden von sich aus Transparenz schaffen, indem sie ihre Daten über das Internet öffentlich zugänglich machen. Es geht dabei nicht um die

herkömmliche geschönt aufbereitete Bürgerinformation, sondern darum, die tatsächlichen Originaldokumente in übersichtlicher durchsuchbarer Form ins Internet zu stellen. Es bestand Einigkeit darüber, dass diese Veröffentlichung von Daten ihre Grenze bei der informationellen Selbstbestimmung des Einzelnen hat, dessen Daten dabei nicht mit freigesetzt werden dürfen. Hingegen sollten für Firmen, die ganz oder teilweise in öffentlicher Hand sind, die gleichen Transparenzregeln gelten, wie für die Verwaltung selbst. Die Tendenz, Aktivitäten in nicht mehr von der Öffentlichkeit kontrollierbare Eigenbetriebe auszulagern und in Verträge mit externen Firmen Geheimhaltungsklauseln aufzunehmen, nach denen nicht einmal die Existenz solcher Verträge öffentlich bekannt werden dürfte, wurde einhellig verurteilt.

Informationsfreiheitsgesetze und -satzungen verfolgen den

umgekehrten Ansatz: Bürgerinnen und Bürger sollen das Recht haben, ihrerseits an die Behörden heranzutreten und Informationen zu verlangen. Solche Regelungen gibt es auf Bundesebene und in einigen Bundesländern. In Bayern wurden mehrere Initiativen von der Landtagsmehrheit abgelehnt, zuletzt auch unter Mitwirkung der FDP, die der Koalitionsrason den Vorrang gegenüber ihrem sonstigen öffentlichen Eintreten für Informationsfreiheit gegeben hat. Auf kommunaler Ebene wurden bereits in einer Reihe bayerischer Gemeinden Informationsfreiheitsatzungen erlassen, zuletzt in München. Auch hier besteht das Problem der Betriebe in gemeindlicher Hand und in einigen Bereichen gibt es abschreckende Kostenregelungen.

Klassischer Journalismus war auf dem Podium durch Hans-Martin Tillack vom Stern vertreten. Er betrachtet es als seine Aufgabe, Material, das ihm zugespielt wird, durch eigene Recherche zu überprüfen und so aufzubereiten, dass es der Allgemeinheit verständlich wird. Bürgerinnen und Bürger hätten nicht die Zeit, sich durch große Mengen von Original-Unterlagen hindurchzuarbeiten, wie dies z.B. bei den Verträgen zwischen dem Bund und Toll Collect in Sachen LKW-Maut nötig gewesen sei. Journalisten hätten auch die Aufgabe, berechnete Interessen zu berücksichtigen, die im Einzelfall gegen eine vollständige Veröffentlichung sprechen. Als eine wichtige Voraussetzung für journalistisches Arbeiten wurde allgemein der Informantenschutz gesehen.



Leaking-Plattformen sind ein geeignetes Instrument, diesen Informantenschutz zu gewährleisten. Sie haben die Aufgabe, Kommunikationswege bereitzustellen, auf denen Informationsgeber

Material ablegen können, ohne dass ihre Identität aufgedeckt werden kann. Mittenzwei entwarf ein Szenario, in dem künftig vielleicht auch Presseorgane, Parteien oder Menschenrechtsorganisationen Leaking-Plattformen betreiben, auf denen ihnen Whistleblower Informationen zukommen lassen können, ohne sich dabei selbst zu gefährden. Angesichts der immer größeren Datenmengen, die überall in elektronischer Form angesammelt würden, müsse sich die Politik daran gewöhnen, dass gelegentliche Leaks immer wahrscheinlicher würden. Nach Mittenzweis Auffassung genüge es nicht, wenn die Presse aus Originaldaten berichte. Der Bürger müsse zusätzlich die Möglichkeit haben, sich anhand der tatsächlichen Unterlagen eine eigene Meinung zu bilden. Susanna Tausendfreund wies darauf hin, dass „Leaking“ auch schon vor den Zeiten des Internet durch einfaches Zuspätschicken kritischer Unterlagen ein wichtiger Inputkanal für die Ausübung parlamentarischer Kontrolle war.



Der bayerische Datenschutzbeauftragte Dr. Petri wies darauf hin, dass es zur Natur von Geheimnissen gehört, an die Öffentlichkeit zu drängen. Wenn, wie im Falle der jüngsten Leaks aus amerikanischen Diplomatenbesuchen, Dokumente heraus gelangen, die

nach ihrer Geheimhaltungsstufe einigen hunderttausend Personen zugänglich sind, dann ist das eigentlich kaum verwunderlich und eher eine Folge schlechter Geheimhaltung als besonderer krimineller Energie seitens WikiLeaks. Petri verwies auf die Wurzeln des Internet in den Wissenschaftsnetzen der frühen 1970er Jahre. Damals ging es darum, eine technische Plattform für den ungehinderten Informationsaustausch zwischen Wissenschaftlern zu schaffen. Dieser Ansatz prägt weiterhin die „Philosophie des Internet“, die auch in Leaking-Plattformen zum Tragen kommt. Das Netz begnügt sich nicht mit journalistisch aufbereiteten Informationen, sondern verlangt nach Zugänglichkeit der Originaldokumente. Eine Grenze der Veröffentlichbarkeit zog auch der

ansonsten sehr liberal auftretende Datenschutzbeauftragte bei Staatsgeheimnissen, dem Persönlichkeitsschutz und dem Verfahrensschutz in der Phase der Entscheidungsvorbereitung.

Wolfgang Schmidhuber

SERIE: WEB 2.0

Geschützte E-Mail-Kommunikation wäre so einfach

Die holprige Einführung des elektronisch lesbaren Personalausweises mit seinen Verifikations- und Verschlüsselungsfunktionen für die elektronische Kommunikation lenkt den Blick auf ein altes Thema: Während wir bei der Briefpost großen Wert auf das Postgeheimnis legen und unsere Nachrichten in wohlverschlossenen Umschlägen versenden, vertrauen wir die elektronische Post dem weitverzweigten weltweiten Datennetz an, ohne uns viel darum zu kümmern, ob unterwegs jemand mitlesen kann.

Dabei gibt es seit vielen Jahren eine ausgereifte Technik, E-Mail-Kommunikation zu verschlüsseln und ihre Echtheit überprüfbar zu machen. Ursprünglich unter dem Namen „Pretty Good Privacy“ (PGP) bekannt, hört dieses freie Kryptographiesystem für Jedermann (und jede Frau) heute auf den Namen „GNU Privacy Guard“ (GnuPG). Es handelt sich dabei um eine Softwareumgebung für den OpenPGP-Standard nach RFC 4880. Wer mag, kann sich das 90-Seiten-Dokument, das diesen Standard definiert, jederzeit im Internet ansehen. Ebenso für alle Interessierten zugänglich ist der Quellcode der Software, so dass Sachkundige jederzeit prüfen können, ob die Programme ordentlich konstruiert sind und keine Hintertürchen für Geheimdienste und andere Neugierige enthalten.

Dieses Prinzip des offenen, frei zugänglichen Quellcodes (Open Source) ist eine der Stärken freier Software: es gibt keine versteckten Geheimnisse, alle können sich vergewissern, dass die Programme in Ordnung sind und wer etwas davon versteht, kann jederzeit an der fortlaufenden Überprüfung und Weiterentwicklung der Software mitarbeiten.

Die Arbeit mit GnuPG beginnt mit der Erzeugung eines Schlüsselpaares

durch die Software. Benötigt werden eine E-Mail-Adresse, an die die Schlüssel gebunden werden und ein nicht allzu einfaches Passwort, am besten nicht einfach ein Wort, sondern eine längere Zeichenkette, die auch von einer schnellen Maschine selbst bei wochenlangem Probieren nicht erraten werden kann. Das Programm erzeugt dabei eine öffentliche und eine private Schlüsselkomponente, einen Schlüssel zum Signieren von Dokumenten und einen „Fingerabdruck“, das ist eine Kette von 40 Zeichen, anhand derer die Echtheit eines Schlüssels geprüft werden kann. Der öffentliche Teil des Schlüssels wird auf speziellen Servern im Internet gespeichert und ist für alle Welt zugänglich.

Die verschlüsselte Kommunikation funktioniert dem Prinzip nach so: Wer mir eine Nachricht schicken will, besorgt sich anhand meiner E-Mail-Adresse meinen öffentlichen Schlüssel. Wenn ich ihm zuvor den „Fingerabdruck“ mitgeteilt habe, kann er/sie überprüfen, ob es sich auch wirklich um meinen Schlüssel handelt. Mittels dieses Schlüssels wird nun die Nachricht an mich codiert. Um die Nachricht wieder entschlüsseln zu können, brauche ich meinen privaten Schlüsselteil und das Passwort.

Wenn ich die Echtheit des Schlüssels einer Person zweifelsfrei bestätigen kann, dann kann ich diesen Schlüssel mit der Signaturkomponente meines Schlüssels signieren. Das wird auf den Servern öffentlich bekannt gemacht und so entsteht eine gegenseitige Vernetzung des Schlüsselvertrauens, das sogenannte „Web of Trust“.

Will ich ein Dokument oder auch ein komplexes Softwareprodukt öffentlich bekannt machen, ohne es zu verschlüsseln und dabei sicherstellen, dass es nicht unentdeckt manipuliert werden kann, dann kann ich es mit meinem Schlüssel signieren. Dabei wird aus dem Inhalt des Dokuments ein Codeblock errechnet und an das Dokument angefügt. Würde das Dokument geändert, würde der Codeblock nicht mehr passen und die Prüfung der Signatur mittels meines öffentlichen Schlüssels schliege fehl.

Will ich ein Dokument auf meinem eigenen Computer besonders schützen, kann ich es auch mittels meines eigenen Schlüssels verschlüsseln und wieder entsperren.

Was sich hier für Laien etwas kompliziert anhören mag, ist mit Hilfe der

GnuPG-Software recht einfach zu handhaben. Für viele gängige E-Mail-Programme existieren Plugins, also Zusatzmodule, die eine vollkommen flüssige Ver- und Entschlüsselung des Mailverkehrs ermöglichen. Voraussetzung ist nur, dass beide Partner diese Verschlüsselungsmethode nutzen.

Wer das System einmal verstanden und ausprobiert hat, wird sich fragen, warum wir unsere persönlichsten Nachrichten offen herumschicken, statt sie mit ein paar einfachen Handgriffen einzutüten und so den Blicken unerwünschter Mitleser vollkommen zuverlässig zu entziehen. Wer GnuPG kennengelernt hat, fragt sich aber auch, weshalb Unternehmen und Behörden andauernd neue Verschlüsselungssysteme entwickeln und auf den Markt bringen. Zuletzt z.B. die Deutsche Post mit E-Post, wobei die Nachrichten auf deren Servern kurzzeitig geöffnet werden, um sie auf Viren prüfen zu können. (Ein Schelm, wer Böses dabei denkt...) Oder eben die gepriesenen Funktionen des E-Personalausweises.

Es könnte so einfach sein: Ich gehe zur Meldestelle, weise mich aus, erzeuge dort an einem gesicherten System einen Schlüssel, bekomme ihn signiert und signiere damit alle meine weiteren Schlüssel. So wäre überall sichere Verschlüsselung und Echtheitsprüfung für Dokumente möglich.

Ab 1999 stellten das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und das Bundesinnenministerium im Rahmen der Aktion „Sicherheit im Internet“ Fördermittel für die Verbreitung von Software nach dem OpenPGP-Standard zur Verfügung. Im Jahre 2002 wurde die Förderung wieder eingestellt. Vielleicht ist jemandem aufgefallen, dass die Software keine Hintertürchen für die Schlapphüte enthält. Geld kann man damit auch nicht machen.

Wolfgang Schmidhuber

GnuPG-Schlüssel und Fingerabdruck auf
www.gruene-hohenbrunn.de/wschmidhuber

Vorlage für kommunale Energiesparförderprogramme

Die Kreistagsfraktion im Landkreis München hat eine Vorlage für kommunale Energiesparförderprogramme erarbeitet. Diese Vorlage kann nach minimalen Anpassungen als Anlage für einen Antrag im Gemeinderat verwendet werden, mit dem ein Energiesparförderprogramm aktualisiert oder etabliert werden soll.

Die nun vorliegende Vorlage beruht auf der Sichtung verschiedener Förderprogramme im Landkreis München, der Landeshauptstadt München und der Stadt Tübingen unter Anpassung an den Stand der Technik und Ergänzung mit vielen Tipps zum Thema Energiesparen.

An diesem Vorschlag haben mitgewirkt und stehen daher auch für Rückfragen gerne zur Verfügung:

Luitgart Dittmann-Chylla, Architektin,

Gemeinde- und Kreisrätin

Tel.: 08102 - 777 808

E-Mail: dittmann-chylla@online.de



Dr. Oliver Seth, Biochemiker,

- und Kreisrat

Tel.: 08170 - 99 7777

E-Mail: oliver.seth@t-online.de

Weitere Informationen über die Arbeit unserer Kreisrätinnen und Kreisräte finden sich im Internet unter: www.gruene-ml.de/fraktion/

Hare-Niemeyer wird endlich eingeführt!

Der Bayerische Landtag stimmte in dieser Woche einstimmig dem grünen Gesetzentwurf zur Einführung des Hare-Niemeyer Sitzzuteilungsverfahrens bei Gemeinde- und Stadtrats- sowie Kreistags- und Bezirkstagswahlen zu. In den vorausgehenden Beratungen wurde Einigung mit den Koalitionsfraktionen erzielt, über eine übereinstimmende Fassung abzustimmen, da es auch eine Initiative von CSU und FDP gab. Erstmals wird die neue Regelung bei den Bezirkstagswahlen 2013 und den Kommunalwahlen 2014 zur Anwendung kommen. "Die Kommunalparlamente wurden bisher nach dem Verteilungsverfahren nach d'Hondt besetzt, was in etlichen Fällen zu einer erheblichen Benachteiligung kleinerer Parteien und einer Überrepräsentation der Großen geführt hat.", erklärt die innenpolitische Sprecherin **Susanna Tausendfreund**.



"Der Wählerwille wurde verzerrt abgebildet. In Zukunft werden die Parteien und Wählergruppen gerecht und entsprechend des Wahlergebnisses in den Kommunalparlamenten vertreten sein. Unser langjähriger Einsatz für ein gerechtes Wahlsystem hatte endlich Erfolg."

Weitere Infos: susanna.tausendfreund@gruene-fraktion-bayern.de

Einladung zu weiteren Veranstaltungen im Landtag

Kommunaler Klimaschutz – Kreise, Städte und Gemeinden als Motor der Energiewende

Kommunalpolitische Tagung mit Konzert von FeiScho

Samstag, 9. April 2011 10 bis 18 Uhr im Bayerischen Landtag

Die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie der regionalen Wirtschaft mit Energie wird zu einer immer entscheidenden Frage der

kommunalen Daseinsvorsorge. Deshalb nehmen die Kommunen eine wichtige Rolle beim Engagement für den Klimaschutz, beim Einsatz zur Förderung der erneuerbaren Energien und für die Unabhängigkeit von den Großkonzernen ein. In immer mehr Kommunen wird seit Jahren engagiert und erfolgreich für die Energiewende gearbeitet. Die kommunale Energiepolitik schafft zusätzlich auch Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region.

Musikalisch umrahmt wird die Tagung durch ein Konzert der Band FeiScho.

Nähere Informationen: www.susanna-tausendfreund.de, Anmeldung: nikolaus.hoenning@gruene-fraktionbayern.de, Telefon: 089/4126-2774

Demokratie der Zukunft: Open Data – eDemocracy – Mehr Beteiligung durch Transparenz

Podiumsdiskussion

Mittwoch, 11. Mai 2011 ab 18.30 Uhr im Bayerischen Landtag

Transparenz in der Verwaltung und ein möglichst einfacher Zugang der BürgerInnen zu den Daten der Behörden sind wesentliche Voraussetzungen für Beteiligung. Bei der Podiumsdiskussion wollen wir erörtern, wie die öffentliche Hand ihre Daten möglichst aktiv den BürgerInnen zur Verfügung stellen kann, welcher Mehrwert dadurch für die Gesellschaft entsteht und wie sich das auf die demokratische Mitbestimmung auswirkt.

Nähere Informationen:

www.susanna-tausendfreund.de,

Anmeldung: nikolaus.hoenning@gruene-fraktionbayern.de,

Telefon: 089/4126-2774

Telefax: 089/4126-2774

BERICHT AUS DEM BUNDESTAG

Toni Hofreiter MdB hat den Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan abgelehnt. Zusammen mit anderen Abgeordneten hat er nachstehende "Persönliche Erklärung" unterzeichnet:



Die Entscheidung über Auslandseinsätze der Bundeswehr gehört zu den schwierigsten Entscheidungen, die Abgeordnete des Deutschen Bundestages zu treffen haben und fordert wie kaum eine andere das Gewissen und Herz der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Dem Engagement der in Afghanistan eingesetzten zivilen Helferinnen und Helfer, Soldatinnen und Soldaten sowie ihren Familienangehörigen gilt unsere große Wertschätzung und unser zutiefst empfundener Dank.

Das vorliegende Mandat setzt die im vergangenen Jahr begonnene Einsatzstrategie der militärisch offensiven Aufstandsbekämpfung fort. Unsere Nein-Stimme richtet sich gegen eine Strategie, die zur Eskalation beiträgt und damit den Anspruch der Stabilisierung Afghanistans nicht erfüllt. Unsere Ablehnung des Mandates ist nicht gleichzusetzen mit der Forderung nach einem Sofortabzug, den wir ausdrücklich zurückweisen, würde er doch die Situation in Afghanistan noch weiter destabilisieren.

Neun Jahre nach Beginn der Operation Enduring Freedom (OEF) und des ISAF- Einsatzes ist die Sicherheitslage in Afghanistan geprägt von gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei denen ISAF-Truppen und afghanische Sicherheitskräfte gegen Taliban und andere Aufständische kämpfen. Der Krieg in Afghanistan kostet insgesamt immer mehr Menschenleben, sowohl unter der afghanischen Zivilbevölkerung, als auch den Soldatinnen und Soldaten. 2010 war das blutigste Jahr seit Beginn des Einsatzes.

Dass die Spirale der Gewalt in Afghanistan so stark zunimmt, steht auch in Zusammenhang mit der offensiven Ausrichtung der militärischen Strategie der internationalen Truppensteller. Mit der von den USA im vergangenen

Jahr initiierten und von der Bundesregierung mit getragenen Truppenaufstockung und dem militärischen Strategiewechsel zur verstärkten Aufstandsbekämpfung und Ausweitung der gezielten Tötung von Talibankämpfern nahm die Gewalteskalation dramatisch zu. Nicht nur im Süden, wo massive Militäroperationen durchgeführt werden und die Bedrohungslage am höchsten ist, sondern auch im deutschen Einsatzgebiet im Norden wurden die Bekämpfung von Aufständischen und gezielte Tötungen vorangetrieben. Die Bundeswehr beteiligt sich vor allem im Rahmen von Ausbildungsoperationen an offensiven Kampfeinsätzen. Das Ausbildungskonzept des so genannten *partnering* sieht den gemeinsamen Einsatz von deutschen Ausbildern und afghanischen Sicherheitskräften in der Fläche vor, um die Kontrolle in von Taliban beherrschten Gebieten zu gewinnen. Die verstärkte Gewichtung der Ausbildung innerhalb des Mandates ist somit nichts anderes als eine verharmlosende Umschreibung für die Verfolgung einer Offensivstrategie. Die zunehmenden Kampfeinsätze zur Rückeroberung der von Taliban beherrschten Gebiete und steigende Anzahl von Anschlägen durch Aufständische trifft insbesondere die Zivilistinnen und Zivilisten. Unsere Ablehnung des Mandates richtet sich vor allem gegen diese Schwerpunktlegung auf den Einsatz militärischer Gewalt und die daraus resultierende Eskalation. Durch die Gesamtausrichtung des Mandates ist das Primat des Schutzes der Zivilbevölkerung nicht mehr gewährleistet. Die derzeitige militärische Strategie kostet zahlreiche Menschenleben, verursacht furchtbares menschliches Leid und verspielt damit auch die notwendige Unterstützung der afghanischen Bevölkerung. Eine Umfrage von ARD, ABC, BBC und Washington Post vom Dezember 2010 ergab, dass sich die Einstellung der afghanischen Bevölkerung gegenüber den ISAF-Truppen deutlich verschlechtert hat und eine breite Mehrheit der Afghaninnen und Afghanen inzwischen erstmals eine negative Einstellung gegenüber Deutschland hat.

Ziel der Aufstandsbekämpfung und gezielten Tötung ist es, die Taliban zu schwächen und an den Verhandlungstisch zu bringen. Der vermehrte Einsatz militärischer Gewalt hat jedoch nicht zur Schwächung der Taliban und anderer Aufständischer geführt. Im Gegenteil, er hat die Chancen auf Frieden durch eine politische Lösung verringert. Für eine solche ist ein

regionaler Ansatz, der alle relevanten Akteure in der Region mit einbezieht zentral. Dabei muss insbesondere die Zusammenarbeit mit dem benachbarten Pakistan im Vordergrund stehen, denn dort gewinnen die Taliban vermehrt neue Kämpfer und bereiten zahlreiche Angriffe vor. Eine nachhaltige politische Lösung, die von der Gesamtgesellschaft Afghanistans getragen wird, ist jedoch mit der aktuellen afghanischen Regierung äußerst schwierig. Karzais Regierung und das politische System insgesamt stecken in einer tiefen Legitimitätskrise. Aufgrund des fehlenden Gewaltmonopols beherrschen Warlords und Drogenkartelle Teile des Landes und nehmen großen Einfluss auf die Politik. Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen kam es zu zahlreichen Fällen von Wahlbetrug. Schließlich verliert die politische Führung aufgrund ihres Versagens bei der Korruptions- und Drogenbekämpfung sowie beim Staatsaufbau zunehmend die Unterstützung der Bevölkerung. Doch wir dürfen uns nichts vormachen. Um die Gewalt in Afghanistan einzudämmen, ist eine politische Verhandlungslösung mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren notwendig. Dabei stehen wir vor dem Dilemma, dass Frieden und Gerechtigkeit in Afghanistan nur schwer miteinander verwirklicht werden können. Dies wird zu Kompromissen zwingen, die in demokratischer und menschrechtlicher Hinsicht kritisch sind.

Dennoch darf die Unterstützung der afghanischen Regierung dabei, eine Verhandlungslösung mit Aufständischen zu erzielen nicht bedingungslos erfolgen. Bisher wurden Frauen und andere wichtige Bevölkerungsgruppen unzureichend oder gar nicht am Versöhnungsprozess beteiligt. Ohne eine gesamtgesellschaftliche Beteiligung ist jedoch eine Versöhnung nicht möglich. Auch der von der Internationalen Gemeinschaft bereitgestellte Reintegrationsfonds für ehemalige Talibankämpfer, der von der Bundesregierung mit insgesamt 50 Millionen Euro mitfinanziert wird, bedarf einer kritischen Betrachtung. Da die Durchführung des Taliban-Aussteigerprogramms ohne jede Kontrolle Karzai überlassen wird, ist höchst fraglich, ob die zur Verfügung gestellten Mittel zweckmäßig eingesetzt und nicht für machtpolitische Partikularinteressen missbraucht werden. Die Belohnung von Talibanführern, die für Menschenrechtsverletzungen und die Tötung zahlreicher unbeteiligter Zivilisten verantwortlich sind, erzeugt ein gravierendes

Gerechtigkeitsproblem, das sich negativ auf die Unterstützung derer, die bisher mit den internationalen Kräften kooperiert haben, auswirken kann und somit eine nachhaltige Versöhnung gefährdet. Da Frieden ganz ohne Gerechtigkeit nicht möglich ist, müssen Menschenrechtsverletzungen mit geeigneten Instrumenten aufgedeckt und aufgearbeitet werden. Das Mandat und die Afghanistanpolitik der Bundesregierung insgesamt lässt diese mit dem Versöhnungsprozess verbundenen zentralen Herausforderungen völlig außer Acht.

Aufgrund koalitionsinterner Rivalitäten zwischen dem Bundesaußenminister und dem Bundesverteidigungsminister enthält das Mandat nur vage Aussagen zum militärischen Abzug. Das Parlament wird im Unklaren darüber gelassen, wann und wo mit einem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan begonnen werden soll, an welchen Zwischenzielen man sich orientieren will und wie lange deutsche Truppen noch in Afghanistan verbleiben werden. Völlig unbeantwortet bleibt die Frage, wie gewährleistet werden kann, dass auch für die Zeit nach der Übergabe der Verantwortung für die Sicherheit an die afghanischen Sicherheitskräfte und dem Abzug der Bundeswehr die zivile Hilfe fortgesetzt wird.

Aufgrund der Aufstockung der finanziellen Mittel sind beim zivilen Aufbau zunehmend Erfolge zu verzeichnen. Doch auch wenn im Vergleich zu den vergangenen Jahren deutlich mehr Geld in den zivilen Aufbau gesteckt wird, führt er im Vergleich zur militärischen Komponente ein Schattendasein. Die Konzentration auf militärische Kapazitäten zeigt sich auch an der chronischen Vernachlässigung der im politischen Auftrag stehenden UN-Mission UNAMA in Afghanistan, die im Vergleich zur NATO-Mission völlig unterfinanziert ist. Bei der Unterstützung des Aufbaus eines funktionierenden afghanischen Sicherheitsapparates kommt der Polizeiaufbau viel zu kurz. Die Polizeiausbildung müsste viel deutlicher verstärkt werden. Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit machen der zunehmende Rückzug von Hilfsorganisationen aus Afghanistan aufgrund der sich verschlechternden Sicherheitslage sowie die Schwierigkeiten beim Mittelabfluss außerdem deutlich, dass eine Fokussierung auf die Erhöhung der Mittel zu kurz gedacht ist. Es muss vor allem die Wirksamkeit der Mittel sichergestellt

werden. Hierzu bedarf es einer verstärkten Einbeziehung der afghanischen Bevölkerung, einer verbesserten Koordination des zivilen Aufbaus, der Bekämpfung der massiven Korruption als eines der Haupthindernisse für den wirksamen Einsatz der Mittel sowie einer sinnvollen Schwerpunksetzung. Es bedarf auch eines Gesamtkonzepts für die Wirtschaftsentwicklung Afghanistans, das an den Bedürfnissen der afghanischen Bevölkerung und den Gegebenheiten vor Ort angepasst ist. Hierbei müsste der für die afghanische Wirtschaft zentrale landwirtschaftliche Sektor besonders berücksichtigt werden. Auch die Modernisierung des afghanischen Bildungssystems und der Ausbau von Hoch- und Berufsschulen sollten bei den Unterstützungsleistungen im Vordergrund stehen.

Der Erfolg der Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan setzt ebenso wie der Aufbau des Sicherheitssektors funktionierende Regierungs- und Verwaltungsstrukturen voraus. Es gibt jedoch im vorliegenden Mandat keine Auskunft über den zur Verbesserung bzw. Schaffung solcher Strukturen benötigten deutschen Beitrag. Statt diese Mängel zu beheben wird sogar völlig auf eine nähere Beschreibung des zivilen Engagements Deutschlands in Afghanistan verzichtet - die grüne Forderung zur Vorlage eines Gesamtmandates, das die zivile und militärische Komponente umfasst, wird nicht umgesetzt.

Unser Votum richtet sich nicht gegen die in Afghanistan eingesetzten Soldatinnen und Soldaten, sondern gegen die falsche Afghanistanpolitik der Bundesregierung.

Als Mitglieder des Bundestages fühlen wir uns unseren Soldatinnen und Soldaten und ihren Familien gegenüber dazu verpflichtet, einen Einsatz, der die Eskalation fördert und somit die afghanische Zivilbevölkerung ebenso wie die deutschen Einsatzkräfte auf unverantwortliche Weise einer größeren Gefahr aussetzt, abzulehnen.

Berlin, 28. Januar 2011

Protokoll Kreisversammlung 2.02.2011

TOP 1: Anja Edelhäuser, Referentin für Asyl- und Migrationspolitik und Frauenpolitik bei der grünen Landtagsfraktion, berichtet über ihre Arbeit

1. Flüchtlings- und Asylpolitik

Brennpunkt Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften: Durch einen Film, der Ratten in einer Asylsuchenden-Unterkunft zeigte, konnte die Öffentlichkeit auf die katastrophalen Zustände in den Gemeinschaftsunterkünften aufmerksam gemacht werden. Die anschließende Debatte ging hoch bis in den Bundestag. Man kannte auch einen Fall in Coburg, dort gab es mit Kakerlaken verseuchte Räumlichkeiten.

Die Gemeinschaftsunterkünfte sind ein „alltäglicher Horror“ für die BewohnerInnen. Z. B. 4 Personen in einem 12 qm kleinen Zimmer, in dem das gesamte Leben stattfindet: Wohnen, Essen, Schlafen. Es gibt dort keine Privatsphäre. Schlimm ist, dass das Gesetz es so will: Flüchtlinge sind so unterzubringen, dass die Bereitschaft zurückzukehren hoch ist.

Neben Verbesserung der Gemeinschaftsunterkünfte lautet eine Grüne Forderung: nach einem Jahr in einer Gemeinschaftsunterkunft soll in eine Privatwohnung gewechselt werden dürfen.

Wer sich einmischet und die Zustände anprangert, bekommt Schwierigkeiten mit den zuständigen Behörden, den Bezirksregierungen. Problem ist, dass die Bezirksregierungen aber auch nicht richtig handeln können, weil die Umsetzung des Gesetzes nicht voran kommt.

Problem unbegleitete Minderjährige: ab 16 Jahren kommen die jugendlichen Asylsuchenden und Flüchtlinge ins Erwachsenenverfahren – mit katastrophalen Folgen! Bei unter 16-Jährigen ist die Jugendhilfe zuständig.

Aber es gibt auch Positives zu berichten: Die Landeshauptstadt München ist in Vielem vorbildhaft. Auch Berichte aus Höhenkirchen-Siegertsbrunn sind positiv; vor allem, weil engagierte Ehrenamtliche sich um die Kinder

und Jugendliche kümmern.

2. Integrationspolitik

Die Integrationsbemühungen haben durch die Sarrazin-Debatte einen kräftigen Rückschlag erlitten. Die Standpunkte der Grünen finden sich im Fraktionsbeschluss „Integration bewegt. Für ein weltoffenes Bayern. Zehn Gründe für eine Integrationsoffensive in Bayern.“

http://www.gruene-fraktion-bayern.de/cms/forschung_und_hochschule/dokbin/354/354009.eckpunkte_integration_lang@de.doc

Das Papier befasst sich mit Chancengerechtigkeit, gesellschaftlicher Teilhabe, integrationsfördernder Bildung, Qualifikation und Zuwanderung, Erwerb der deutschen Sprache, Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen, religiöser Vielfalt, menschenwürdiger Unterbringung von Flüchtlingen, Integration als Inklusion, Anti-Diskriminierungspolitik, ausreichende Finanzierung der Integrationspolitik.

Die lebhafte Diskussion der Kreisversammlung zeigt: Das Integrationsthema ist komplex und enthält viele Konfliktfelder. Wie umgehen mit „Integrationsverweigerern“ oder hier lebenden Migranten, die nur unter sich bleiben wollen? In der alltäglichen praktischen Arbeit muss man letztlich akzeptieren, dass manche Menschen unerreichbar sind. Wo sind die Grenzen der Toleranz? – Ganz klar ist, dass Homophobie und Antisemitismus nicht hingenommen werden können! Auch Ängste in der deutschen Bevölkerung müssen ernstgenommen und adressiert werden.

3. Gender-Politik, Frauen- und Gleichstellungspolitik

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit auf der Kreisversammlung blieb beim dritten Punkt nur die kurze Nennung einiger Aktivitäten:

- Gesetzesinitiative der Grünen für ein Gleichstellungsgesetz
- Veranstaltung zum Weltfrauentag
- Girls' Day, bzw. letztes Jahr ein „Gender-Parlament“ veranstaltet, mit Jungen und Mädchen, die dann in Ausschüssen Anträge im Bereich Gleichstellung erarbeitet haben.
- Equal Pay Day, um die Lohnungleichheit zu thematisieren.

- „QUEER durch Bayern“: Tour durch Bayern, auf der Schwulen- und Lesbenprojekte besucht wurden.

Auf der Webseite der grünen Landtagsfraktion findet man das Thema unter:

http://www.gruene-fraktion-bayern.de/cms/frauenpolitik/rubrik/0/501_gleichstellung.html

TOP 2: Berichte aus den Ortsverbänden und den Stadt- und Gemeinderäten

Gräfelfing: am 27. Februar findet ein Bürgerentscheid über ein Biomasse-Heizkraftwerk statt.

Sauerlach: Vorstand neu gewählt, neue Sprecherin ist Michaela Haas.

Unterschleißheim: Maryna Mudra ist die neue Sprecherin des OV.

Neubiberg: Kaufland-Supermarkt wurde vom Gemeinderat einstimmig abgelehnt; auch die vorherigen Verfechter der Ansiedlung stimmten dagegen. Eine gemeinsame Infoveranstaltung von Grünen und SPD brachte die Wende! Stromnetzübernahme steht auf der Tagesordnung.

Unterhaching: Bürgerentscheid gegen den Grundstückstausch und Schulneubau ist unzulässig.

Ismaning: Entscheidung Geothermie oder nicht? Finanzielle Lage der Gemeinde ist nicht mehr so rosig, erstmals seit Längerem müssen Schulden gemacht werden.

Taufkirchen: Geothermie ist in der Schwebe. Stromnetzübernahme wurde von den Grünen beantragt und die Vorbereitungen vorangetrieben; letztlich überfordert das Thema große Teile des Gemeinderats.

Hohenbrunn: Informationsfreiheitssatzung wurde leider im Gemeinderat abgelehnt.

Höhenkirchen-Siegertsbrunn: Baut das größte Gymnasium Deutschlands – 1.800 SchülerInnen und 200 LehrerInnen! Für fünf Jahre ist Unterricht in Containern eingeplant. Die Schülerbeförderung ist noch ungeklärt.

Anwesenheitsliste KV 02.02.2011

Ortsverband	Name
Baierbrunn	Robert Gerb
Brunnthal	
Garching	Rolf Schlesinger
Gräfelfing	J. Bender
Grasbrunn	
Grünwald / Straßlach	
Haar	
Hohenbrunn	Wolfgang Schmidhuber
Höhenkirchen-Siegertsbrunn	Luitgart Dittmann-Chylla, Peter Triebswetter
Ismaning	Christian Pietry
Kirchheim	
Neubiberg	Gabriele Weidekamm-Rauscher
Neuried	Frauke Buchholz
Oberhaching	
Oberschleißheim	
Ottobrunn	Holger Lange
Planegg	Friedrich Schiller
Pullach	
Putzbrunn	
Sauerlach	Charlotte Quest, Michaela Haas
Schäftlarn	
Taufkirchen	Volker Leib
Unterföhring	
Unterhaching	Maria Kammüller, Ilona Maier, Manfred Gandenberger
Unterschleißheim	Maryna Mudra, Markus Neumann
Gäste	Folker Paetsch (Planegg)

TERMINÜBERSICHT IM LANDKREIS MÜNCHEN

02.03.11	Kreisversammlung im März; Beginn 20 Uhr; Landesgeschäftsstelle, Sendlinger Tor	München
09.03.11	Politischer Aschermittwoch der Grünen im Landkreis München; Beginn 19 Uhr; Ristorante „Il Brigante“	Schäftlarn
12.03.11	Menschenkette AKW Neckarwestheim bis Stuttgart www.gruene.de/ themen/menschenkette-2011.html	Stuttgart
14.03.11	Nie wieder Tschernobyl – Vortrag	Baierbrunn
15.03.11	Nie wieder Tschernobyl – Vortrag	Haar
16.03.11	Nie wieder Tschernobyl! Vortrag; Beginn 20 Uhr; Bürgerhaus Gräfelfing	Gräfelfing
18.03.11	GRÜNES KINO Taufkirchen „Die fabelhafte Welt der Amélie“; Beginn: 20 Uhr Ort: Ritter-Hilprand-Hof	Taufkirchen
20.03.11	GRÜNES KINO der Grünen Jugend München-Land Südost „SuperSizeMe“; Winzig-Kino im UG Altenheim, Bahnhofsstraße 8	Höhenkirchen- Siegertsbrunn
20.03.11	GRÜNES KINO 16 Uhr "Vorstadtkrokodile" und 20 Uhr "Rhythm is it!"; Am Haderner Winkel; Versammlungsraum 2 (unter der Mehrzweckhalle)	Neuried
21.03.11	Nie wieder Tschernobyl! - Vortrag; Beginn: 19 Uhr; Nebenraum der Bürgerstuben	Garching
24.03.11	OV-Versammlung der Grünen in Unterhaching; Beginn: 20 Uhr; Kleiner Sitzungssaal im Rathaus Unterhaching	Unterhaching
28.03.11	Nie wieder Tschernobyl – Vortrag	Straßlach
31.03.11	Nie wieder Tschernobyl! - Vortrag; Beginn 20 Uhr Rathaus Unterhaching Untergeschoss	Unterhaching
04.-07.04. 2011	Informationsfahrt nach Straßburg; Anmeldung Matthias Gauger, 089-211 597 20 matthias.gauger@gruene-europa.de	Straßburg
06.04.11	Kreisversammlung im April; Beginn 20 Uhr; Landesgeschäftsstelle, Sendlinger Tor	München
08.04.11	GRÜNES KINO Garching "Die Truman Show"; Beginn 20 Uhr Römerhofftheater, Garching	Garching
8.-10.04. 2011	Landesjugendkongress Grüne Jugend Bayern	Würzburg

10.04.11	GRÜNES KINO der Grünen Jugend München-Land Südost „Am Ende kommen die Touristen“; Beginn 19 Uhr; Winzig-Kino im UG Altenheim, Bahnhofsstraße 8	Höhenkirchen-Siegertsbrunn
14.04.11	Nie wieder Tschernobyl! - Vortrag; Beginn: 19.30 Uhr; Gruppenraum 1; Bürgerhaus Pullach	Pullach
15.04.11	GRÜNES KINO Taufkirchen „Nichts ist, wie es schmeckt“; Beginn: 20 Uhr Ort: Ritter-Hilprand-Hof	Taufkirchen
04.05.11	Kreisversammlung im Mai; Beginn 20 Uhr; Landesgeschäftsstelle, Sendlinger Tor	München
07.05.11	5. Radl-Flohmarkt in Garching; 9.30 – 12.30 Uhr; Bürgerplatz	Garching
08.05.11	GRÜNES KINO der Grünen Jugend München-Land Südost, Film wird noch bekanntgegeben; Beginn 19 Uhr; Winzig-Kino im UG Altenheim, Bahnhofsstraße 8	Höhenkirchen-Siegertsbrunn
09.05.11	Nie wieder Tschernobyl! - Vortrag; Beginn: 19.30 Uhr; Lebensraum Kunst	Hohenbrunn
11.05.11	Nie wieder Tschernobyl! - Vortrag	Taufkirchen
12.05.11	Nie wieder Tschernobyl! - Vortrag; Beginn: 20 Uhr; Konferenzraum 1	Oberschleißheim
19.05.11	Nie wieder Tschernobyl! - Vortrag; Beginn 19.30 Uhr; Bürgerhaus Römerschanz	Grünwald
19.05.11	Ortsversammlung in Unterhaching mit Susanna Tausendfreund	Unterhaching
20.05.11	GRÜNES KINO Taufkirchen „Ganz normal verliebt“; Beginn: 20 Uhr Ort: Ritter-Hilprand-Hof	Taufkirchen
01.06.11	Kreisversammlung im Juni; Beginn 20 Uhr; Landesgeschäftsstelle, Sendlinger Tor	München
10.06.11	GRÜNES KINO Taufkirchen „Planet Erde“; Beginn: 20 Uhr Ort: Ritter-Hilprand-Hof	Taufkirchen
26.06.11	GRÜNES KINO der Grünen Jugend München-Land Südost; Beginn 19 Uhr; Winzig-Kino im UG Altenheim, Bahnhofsstraße 8	Höhenkirchen-Siegertsbrunn
06.07.11	Kreisversammlung im Juli; Beginn 20 Uhr; Landesgeschäftsstelle, Sendlinger Tor	München
15.07.11	GRÜNES KINO Taufkirchen „Kebab Connection“; Beginn: 20 Uhr Ort: Ritter-Hilprand-Hof	Taufkirchen
17.07.11	GRÜNES KINO der Grünen Jugend München-Land Südost	Höhenkirchen-Siegertsbrunn

	„A1 – Künstliche Intelligenz“; Beginn 19 Uhr; Winzig-Kino im UG Altenheim, Bahnhofsstraße 8	
19.07.11	Stammtisch der Grünen in Unterhaching	Unterhaching
21.08.11	GRÜNES KINO der Grünen Jugend München-Land Südost 16 Uhr Kinderfilm, Titel wird noch bekanntgegeben; 19 Uhr „China Blue“ oder „King Cotton“; Winzig-Kino im UG Altenheim, Bahnhofsstraße 8	Höhenkirchen- Siegertsbrunn
11.09.11	GRÜNES KINO der Grünen Jugend München-Land Südost Film wird noch bekanntgegeben; Beginn 19 Uhr; Winzig-Kino im UG Altenheim, Bahnhofsstraße 8	Höhenkirchen- Siegertsbrunn
14.09.11	Kreisversammlung im September; Beginn 20 Uhr; Landesgeschäftsstelle, Sendlinger Tor	München
16.09.11	It's Parking Day in Unterhaching	Unterhaching
23.09.11	GRÜNES KINO Garching "We Feed The World"; Beginn: 20 Uhr; Römerhoftheater	Garching
05.10.11	Kreisversammlung im Oktober; Beginn 20 Uhr; Landesgeschäftsstelle, Sendlinger Tor	München
09.10.11	Schafkopfturnier der Grünen Jugend München-Land Südost	
16.10.11	GRÜNES KINO der Grünen Jugend München-Land Südost	
22.-23.10. 2011	Landesdelegiertenkonferenz (LDK) in Bad Windsheim	Bad Windsheim
06.11.11	GRÜNES KINO der Grünen Jugend München-Land Südost „Adams Äpfel“; Beginn 19 Uhr; Winzig-Kino im UG Altenheim, Bahnhofsstraße 8	
09.11.11	Kreisversammlung im November; Beginn 20 Uhr; Landesgeschäftsstelle, Sendlinger Tor	München
25.-27.11. 2011	Bundesdelegierten-Konferenz (BDK) in Kiel	Kiel
07.12.11	Kreisversammlung im Dezember; Beginn 20 Uhr; Landesgeschäftsstelle, Sendlinger Tor	München
18.12.11	GRÜNES KINO der Grünen Jugend München-Land Südost 16 Uhr, Kinderfilm, Titel wird noch bekannt gegeben; 19 Uhr „Merry Christmas“; Winzig-Kino im UG Altenheim, Bahnhofsstraße 8	

Regelmäßige Termine des OV Ottobrunn: Jeden Mittwoch um 18:30 Uhr „Grüner Lauftreff“ am Rathaus. Jeden ersten Freitag im Monat um 14:30 Uhr „Grüne Bürgerstunde“, Fraktionszimmer im Rathaus

Termine bitte immer an Antje: gf@gruene-ml.de

KONTAKTADRESSEN

Sprecherin:

Luitgart Dittmann-Chylla
Wallbergstr. 26
85635 Höhenkirchen-
Siegertsbrunn
fon: 08102 / 77 78 08
dittmann-chylla@online.de

Schriftführer:

Dr. Volker Leib
Lindenring 48
82024 Taufkirchen
fon: 089 / 666 11 681
vleib@volker-leib.de

Beisitzerin:

Maria Kammüller
Rathausstraße 16
82008 Unterhaching
fon: 089/61079855
mkamueller@mnet-mail.de

Toni Hofreiter MdB Regionalbüro München

Dr. Volker Leib
Sendlinger Straße 47
80331 München
Tel: 089 / 46136584
Fax: 089 / 46136585
Kernzeit: Mo - Fr. 10-13
anton.hofreiter@wk.bundestag.de
www.toni-hofreiter.de

Geschäftsführerin:

Antje Barbara Wagner
Ebertstraße 6
82031 Grünwald
fon: 089 / 411 744 13
fax: 032-12 12 45 170
gf@gruene-ml.de

**Vorstand Grüne Jugend
München
Vorstand Grüne Jugend
München Land Süd-Ost**

**Landesverband
Grüne Landtagsfraktion
Petra Kelly Stiftung:
GRIBS-Kommunalbüro:**

Sprecher:

Markus Büchler
Freisinger Str. 7
85764 Oberschleißheim
fon d.: 089 / 315 97 215
fax d.: 089 / 315 94 561
buechler@slius.de

Beisitzerin:

Anna Schmidhuber
Hohenbrunner Str. 26
85521 Riemerling
fon: 089/60850493
gruene@annaschmidhuber.de

Beisitzer:

Wolfgang Schmidhuber
Hohenbrunner Str. 26
85521 Riemerling
fon: 089 / 60 85 04 91
gruene@wschmidhuber.de

Susanna Tausendfreund MdL Landtagsbüro

Maximilianeum
Tel.: 089 / 41 26 - 27 74
Fax: 089 / 4126 - 10 10
Tel.(d): 089 / 419 00 490
Tel (p): 089 / 793 42 45
kanzlei@susanna-tausendfreund.de
www.susanna-tausendfreund.de

Bankverbindung:

DIE GRÜNEN München-Land

Kreissparkasse München-
Starnberg
Konto-Nr: 28 04 63 175,
BLZ 702 501 50

vorstand@gjm.de www.gjm.de

www.gjhs.gruene-ml.de

www.gruene-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de
www.petra-kelly-stiftung.de
www.gribs.net

Kassier:

Peter Triebswetter
Am Stiergarten 33
85635 Höhenkirchen-
Siegertsbrunn
fon: 08102 / 99 84 43
peter.triebswetter@online.de

Beisitzer:

Robert Gerb
Wolfratshauser Str. 62
82065 Baierbrunn
fon: 089 / 793 48 74
fax: 089 / 74 48 14 20

Beisitzerin:

Kirsten Siebert
Leiblstr. 26A
85579 Neubiberg
fon: 0163-7325951
kirsten.siebert@gmx.net

Kreistagsfraktion Fraktionsvorsitzender

Christoph Nadler
Hohenbrunner Weg 44
82024 Taufkirchen
Tel d: 089 / 41 66 13 78
Tel p: 089 / 6 12 54 01
Fax p: 089) 61 46 92 14
Christoph_Nadler@web.de

Internet:

www.gruene-ml.de

www.gruene-ml.de/fraktion



Bildungsreise ins Europäischen Parlament – Bericht Seite 11

Redaktionsschluss für den nächsten Kreisrundbrief: 14. August 2010

V.i.S.d.P.: Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, Kreisverband München-Land
Markus Büchler, Freisinger Str. 7, 85764 Oberschleißheim



Spenden an:
Die Grünen München-Land
Kontonummer: 280463 175
Kreissparkasse München-Starnberg
BLZ: 702 501 50